

Schleswig-Holsteinischer Landtag  
Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Europaausschuss**

18. WP - 24. Sitzung

am Mittwoch, dem 12. März 2014, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

i.V. von Angelika Beer

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Umsetzung des Arbeitsprogramms 2014 der Europäischen Kommission in Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/1560</a> (neu)	
<b>Arbeitsprogramm 2014 der Europäischen Kommission</b>	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/1611</a> - selbstständig -	
<b>2. Schleswig-Holstein setzt sich für mehr Transparenz im Bundesrat ein</b>	<b>7</b>
Antrag der Fraktion der PIRATEN <a href="#">Drucksache 18/923</a>	
- im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO -	
<b>3. Bericht von der 6. Subsidiaritätskonferenz - „Subsidiaritätskontrolle nach Lissabon: Erfahrungen und Perspektiven“</b>	<b>8</b>
Berichtersteller: Abg. Dr. Ekkehard Klug (FDP)	
hierzu: <a href="#">Umdruck 18/2408</a>	
<b>4. Abstimmung eines möglichen gemeinsamen Sitzungstermins mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft</b>	<b>9</b>
<b>5. Informationen über die griechische Ratspräsidentschaft</b>	<b>10</b>
<a href="#">Umdruck 18/2516</a>	

- 6. Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum - Chance für Schleswig-Holstein** **11**
- Antrag der Fraktion CDU  
[Drucksache 18/257](#)
- Blaues Wachstum - Zukunft Meer**
- Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/408](#) - selbstständig -
- 7. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität** **12**
- hier: Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, den Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte (KOM(2014) 6 endg.)**
- [Umdruck 18/2500](#)
- Antrag der Abg. Jette Waldinger-Thiering (SSW)
- hierzu: [Frühwarndokument 18/142](#)
- 8. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität** **13**
- [Umdruck 18/2498](#)
- 9. Bundesratsangelegenheiten** **15**
- [Umdruck 18/2427](#), [Umdruck 18/2494](#)
- 10. Verschiedenes** **16**

Der Vorsitzende des Europaausschusses, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Umsetzung des Arbeitsprogramms 2014 der Europäischen Kommission in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
[Drucksache 18/1560](#) (neu)

### **Arbeitsprogramm 2014 der Europäischen Kommission**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
[Drucksache 18/1611](#) - selbstständig -

(überwiesen am 19. Februar 2014 an den **Europaausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

Abg. Wiegard thematisiert die gemeinsam mit dem europapolitischen Sprechern und Vertretern der Landesregierung unter Moderation des Landtagsdirektors durchgeführte Sitzung zur Identifizierung von landespolitischen Schwerpunkten. Aus seiner Sicht sei es wenig hilfreich, die Gespräche unter den Rahmenbedingungen eines bereits verstrichenen Drucksachenbeschlusses zu führen.

Abg. Poersch pflichtet bei, dass aus ihrer Sicht nicht hilfreich sei, ein derartiges Gespräch vier Tage nach Drucksachenschluss durchzuführen. Sie zeigt sich bereit, die Beschlussvorschläge der verschiedenen Fraktionen vor einer Beschlussfassung zusammenzuführen. Grundsätzlich sei ein Gespräch zwischen Landtag und Landesregierung jedoch sehr sinnvoll. - Abg. Voß weist darauf hin, dass eine Beratung und Beschlussfassung aus seiner Sicht eilbedürftig sei, um sich frühzeitig in den Prozess einbringen zu können. Er plädiert dafür, zeitnah zu einer Entscheidung zu kommen.

Abg. Wiegard weist darauf hin, dass man sich in dem genannten Gespräch auf elf Punkte verständigt habe, und zeigt sich verwundert, dass im Antrag der Koalitionsfraktionen und der PIRATEN nun zusätzliche Punkte auftauchten.

Abg. Wiegard spricht sich dafür aus, zu einer Entscheidung zu kommen, das das Ergebnis des Gesprächs zwischen Landtag und Landesregierung widerspiegle.

Abg. Poersch weist darauf hin, dass im Antrag der Koalitionsfraktionen und PIRATEN teilweise andere Begrifflichkeiten verwendet würden, die gemeinsam identifizierten Punkte aber in dem Antrag behandelt seien.

Vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Wirtschaftsausschusses beschließt der Ausschuss mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der PIRATEN gegen die Stimmen der Fraktion der CDU bei Enthaltung der Fraktion der FDP, dem Landtag den Änderungsantrag der Fraktion der CDU betreffend Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission, [Drucksache 18/1611](#), zur Ablehnung zu empfehlen. Den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW betreffend Umsetzung des Arbeitsprogramms 2014 der Europäischen Kommission in Schleswig-Holstein, [Drucksache 18/1560](#) (neu), empfiehlt der federführende Europaausschuss ebenfalls vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Wirtschaftsausschusses mit den Stimmen der Koalitionsfraktion der PIRATEN bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP dem Landtag zur Annahme.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Schleswig-Holstein setzt sich für mehr Transparenz im Bundesrat ein**

Antrag der Fraktion der PIRATEN

[Drucksache 18/923](#)

(überwiesen am 23. August 2013 an den Innen- und Rechtsausschuss)

- im Wege der Selbstbefassung gemäß Artikel 17 Abs. 2 Satz 2 LV und § 14 Abs. 1 Satz 2 GeschO -

Nach einer kurzen Diskussion kommt der Ausschuss überein, den Antrag der Fraktion der PIRATEN in seiner nächsten Sitzung weiter zu beraten und gegebenenfalls eine Anhörung dazu durchzuführen.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Bericht von der 6. Subsidiaritätskonferenz - „Subsidiaritätskontrolle nach Lissabon: Erfahrungen und Perspektiven“**

Berichtersteller: Abg. Dr. Ekkehard Klug (FDP)

hierzu: [Umdruck 18/2408](#)

Abg. Dr. Klug trägt die Stärkung seiner Stellungnahme vor (siehe Anlage 1 zu dieser Niederschrift).

Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.



Punkt 4 der Tagesordnung:

**Abstimmung eines möglichen gemeinsamen Sitzungstermins mit dem Europaausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft**

Abg. Voß weist im Zusammenhang mit der ins Auge gefassten gemeinsamen Sitzung auf den Wunsch Schleswig-Holsteins hin, einen gemeinsamen Vertreter des Landtags und der Hamburgischen Bürgerschaft in Brüssel zu installieren.

Die Fraktionen kommen überein, ihre jeweiligen Fraktionskolleginnen und -kollegen in Hamburg für dieses Thema zu sensibilisieren und als Termin für eine gemeinsame Ausschusssitzung den 4. September 2014, um 17 Uhr, im Hamburger Rathaus ins Auge zu fassen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Informationen über die griechische Ratspräsidentschaft**

[Umdruck 18/2516](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlage abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

**Blaues Wachstum - marines und maritimes Wachstum - Chance für Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion CDU

[Drucksache 18/257](#)

**Blaues Wachstum - Zukunft Meer**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/408](#) - selbstständig -

(überwiesen am 13. Dezember 2012 an den **Europaausschuss** und den Wirtschaftsausschuss)

hierzu: [Umdrucke](#) [18/629](#), [18/664](#), [18/665](#), [18/693](#), [18/698](#), [18/704](#), [18/731](#),  
[18/827](#), [18/866](#), [18/867](#), [18/876](#), [18/877](#), [18/878](#), [18/879](#),  
[18/881](#), [18/882](#), [18/885](#), [18/901](#), [18/909](#), [18/915](#), [18/916](#),  
[18/962](#), [18/1099](#), [18/1175](#), [18/1179](#), [18/1180](#), [18/1201](#),  
[18/1209](#), [18/1251](#), [18/1583](#)

Aufgrund der nicht ordnungsgemäßen Abstimmung dieser Anträge in seiner Sitzung am 15. Januar 2014 führt der Ausschuss eine neuerliche Abstimmung zu den Anträgen durch.

Mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion von CDU und FDP empfiehlt der Europaausschuss - im Ergebnis in Übereinstimmung mit dem Votum des beteiligten Wirtschaftsausschusses - dem Landtag die Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW betreffend Blaues Wachstum - Zukunft Meer, [Drucksache 18/408](#). Mit dem gleichen Stimmverhältnis empfiehlt der Europaausschuss dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion der CDU, [Drucksache 18/257](#).

Punkt 7 der Tagesordnung:

### **Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

[Umdruck 18/2498](#)

**hier: Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über ein europäisches Netz der Arbeitsvermittlungen, dem Zugang von Arbeitskräften zu mobilitätsfördernden Diensten und die weitere Integration der Arbeitsmärkte (COM (2014) 6 endgültig)**

[Umdruck 18/2500](#)

Antrag der Abg. Jette Waldinger-Thiering

hierzu: [Frühwarndokument 18/142](#)

Abg. Damerow merkt kritisch an, dass die Landesregierung zur Beratung dieses Punktes nicht vertreten sei. Sie spricht sich dafür aus, zukünftig die Teilnahme der Landesregierung an Ausschusssitzungen sicherzustellen.

Abg. Waldinger-Thiering plädiert dafür, den Punkt in der Ausschusssitzung am 2. April 2014 erneut auf die Tagesordnung zu nehmen und zu diesem Zeitpunkt die Teilnahme der Landesregierung dazu sicherzustellen.

Abg. Waldinger-Thiering führt zu der Verordnung aus, ihr sei aufgefallen, dass im europäischen Netz der Arbeitsvermittlungen die fehlenden Sprachkenntnisse und Schwierigkeiten bei der Arbeitssuche thematisiert seien. Dazu interessiert sie, wie dieser Mangel aus Sicht der Landesregierung behoben werden könne, um hier eine größere Effizienz zu erreichen. Darüber hinaus möchte sie wissen, wie private Arbeitsmarktvermittler in den Markt der öffentlichen Arbeitsvermittlungen integrieren könnten. Sie interessiert zudem, ob und inwieweit Arbeitssuchende darauf hingewiesen würden, auch auf dem europäischen Markt nach Arbeit zu suchen und ob es sich dabei um eine aktive oder passive Information handele. Zuletzt interessiert sie, inwieweit EURES auch finanzielle Auswirkungen haben werde.

Der Ausschuss kommt überein, sich über die Antworten der Landesregierung dazu in einem Gespräch mit Vertretern der Landesregierung in der Sitzung am 2. April 2014 auszutauschen und formuliert seine Erwartung, dass die Landesregierung zukünftig eine Präsenz während der Europaausschusssitzungen sicherstellen möge.

Punkt 8 der Tagesordnung:

### **Prüfung der Wahrung der Subsidiarität**

[Umdruck 18/2498](#)

Der Ausschuss nimmt die Liste der Vorblätter der Landesregierung, [Umdruck 18/2498](#), zur Kenntnis.

Abg. Wiegard weist erneut auf den Umstand hin, dass die fehlende Anwesenheit von Vertretern der Landesregierung dazu führe, dass seine Fragen zu dem in den Medien thematisierten Aspekt der Drosselung von Leistungen von Staubsaugern durch die Europäische Union nicht beantwortet werden könnten. Ihn interessiert in dem Zusammenhang die Position der Landesregierung dazu. Er problematisiert, dass aus seiner Sicht nicht opportun sei, sich im Vorfeld einer Europawahl auf europäischer Ebene mit Themen zu befassen, die aus seiner Sicht Wählerinnen und Wähler verschrecken könnten.

Der Vorsitzende kündigt an, der Landesregierung die Fragen weiterzuleiten und um eine zeitnahe Antwort zu bitten.

Abg. Waldinger-Thiering interessiert im Zusammenhang mit der Prüfung der Wahrung der Subsidiarität und im Nachgang zur Sondersitzung des Ausschusses am 19. Februar 2014 zum Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1308/2013 sowie der Verordnung (EU) Nr. 1306/2013 hinsichtlich der Beihilferegulungen für die Abgabe von Obst und Gemüse, Bananen und Milch in Bildungseinrichtungen (COM (2014) 32 endgültig.), [Umdruck 18/2413](#), der Stand der Beratungen beziehungsweise ob es dazu neue Erkenntnisse gebe.

Abg. Voß weist auf die Verabredung des Europaausschusses mit der Landesregierung hin, bei konkreten Fragen zum Thema Subsidiarität diese im Vorfeld von Sitzungen an die Landesregierung weiterzuleiten, um eine Vertretung im Ausschuss sicherzustellen. Der Punkt sei insgesamt in der Sondersitzung des Ausschusses behandelt worden, zudem finde in diesen Tagen ein Gespräch zwischen dem Umweltminister und der Bildungsministerin zu diesem Themenkomplex statt.

Abschließend unterstreicht der Vorsitzende, dass zukünftig in Europaausschusssitzungen sichergestellt sein müsse, dass Vertreter des zuständigen Ministeriums in den Sitzungen anwe-

send seien, um gegebenenfalls auftretende Fragen an die zuständigen Ressorts weiterleiten zu können.

Punkt 9 der Tagesordnung:

**Bundesratsangelegenheiten**

[Umdrucke 18/2427](#), [18/2494](#)

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen der Landesregierung zur Kenntnis.

Punkt 10 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

Nach einer Diskussion über das Für und Wider von Audiostreaming aus Sitzung des Europaausschusses kommt der Ausschuss überein, sich probeweise an einer Übertragung zu beteiligen, plädiert aber gleichzeitig für eine Evaluierung der Nutzung eines solchen Audiostreams.

Der Ausschuss billigt das von der Europa-Union vorgelegte und vom Vorsitzenden kurz vorgestellte Grobkonzept der Veranstaltung „Europa-Radtour“, die am 20. Mai 2014 im Landeshaus mit einer Diskussionsveranstaltung enden solle. Der Ausschuss beschließt, sich mit der Hälfte der Kosten bis maximal 500 € vorbehaltlich des Vorhandenseins dieser Mittel an dieser Veranstaltung zu beteiligen und der Europa-Union entsprechende Räumlichkeiten im Landeshaus zur Verfügung zu stellen.

Der Ausschuss nimmt in Aussicht, sich in seinen kommenden Sitzungen mit europapolitisch relevanten Themen im Wege der Selbstbefassung zu beschäftigen.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 11:10 Uhr.

gez. Peter Lehnert  
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner  
Geschäfts- und Protokollführer